



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 66. Ratssitzung vom 8. November 2023

2459. 2023/207

Postulat von Anna Graff (SP) und Dr. Frank Rühli (FDP) vom 19.04.2023: Schaffung einer Einheit für Impfungen als Teil der Fachstelle Pandemievorsorge

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Anna Graff (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1738/2023): Für viele Infektionskrankheiten sind Impfungen die wichtigsten, wirksamsten und günstigsten präventivmedizinischen Massnahmen. Koordinierte weltweite Impfmassnahmen führten zur erfolgreichen Ausrottung der Pocken. Auch Poliomyelitis, Tetanus und Masern konnten dank massiven Investitionen und «Public Health»-Bemühungen in grossen Teil der Welt quasi oder ganz eliminiert werden. Bei anderen Krankheiten rötten die Impfungen die Krankheit zwar nicht aus, aber hohe Immunisierungsraten reduzieren das Übertragungsrisiko und die Gefahr für die infizierte Person drastisch. Beispiele sind Keuchhusten, Humane Papillomviren (HPV), die Frühsommer-Meningoenzephalitis (FSME) und auch saisonale Erreger wie Influenza und COVID-19. Die medizinische und gesellschaftliche Bedeutung von Impfungen ist daher gewaltig. Trotzdem stehen in der Schweiz und der Stadt Zürich Teile der Bevölkerung einigen oder allen Impfungen, die in der Schweiz zugelassen sind, skeptisch gegenüber. Während man das zur Kenntnis nehmen kann, ist aus «Public Health»-Perspektive das Impfen zwar ein individueller Akt, der jedoch im Fall von übertragbaren Krankheiten kollektive Konsequenzen hat. Es ist bekannt, dass ausgerechnet Angestellte im Gesundheitswesen in der Schweiz und in Zürich unterdurchschnittlich impfbereit sind. Das ist aus gesellschaftlicher und epidemiologischer Sicht problematisch. In der Antwort des Stadtrats auf die Schriftliche Anfrage GR Nr. 2022/553 von Dr. Frank Rühli (FDP) und mir wird ausgeführt, dass nur 18,3 Prozent der Pflegenden in den Spitälern vom gratis Grippeimpfangebot Gebrauch macht. Das Phänomen beschränkt sich aber nicht auf die Pflege, was anhand der Zahlen zur Grippeimpfung und zu anderen gratis Impfangeboten sehen kann. Auch die HPV-Impfrate bei den Mädchen, die gemäss dem Schulärztlichen Dienst bei 75 Prozent liegt, ist deutlich unter der WHO-Zielrate von 90 Prozent, um den Gebärmutterhalskrebs effektiv eindämmen zu können. Für die individuelle und öffentliche Gesundheit, sowie für das öffentliche wie wirtschaftliche Leben, ist nicht nur ein möglichst niederschwelliger Zugang zu Impfungen wichtig. Es müssen auch Ressourcen, Strategien und Möglichkeiten bestehen, um Sensibilisierungs- und Informationsarbeit zu leisten, damit sich problematisch tiefe Impfraten mittelfristig erhöhen. Diese Strategien und Möglichkeiten sind komplex und müssen departementsübergreifend und für unterschiedliche Zielgruppen unterschiedlich ausgestaltet werden. Eine Einheit für Impfungen als Teil der Fachstelle Pandemievorsorge könnte dieser Querschnittsfunktion aus unserer Sicht am besten gerecht werden. Darum fordern wir den Stadtrat zur Schaffung einer solchen auf, indem er die zwei – im Budget 2023 vorgesehenen – befristeten Stellen zur langfristigen Sicherstellung der Durchhaltefähigkeit der



Pandemievorsorge entfristet. Dadurch kann eine Verwaltungseinheit entstehen, die einerseits zielgruppenspezifische Sensibilisierungen vornehmen und andererseits als Anlaufstelle für die Bevölkerung bei Impffragen dienen kann. Allenfalls könnte sie bei künftigen Epidemien oder Pandemien helfen, neue Impfkationen aufzuziehen.

Walter Anken (SVP) begründet den von Reto Brüesch (SVP) namens der SVP-Fraktion am 31. Mai 2023 gestellten Ablehnungsantrag: Zürich soll eine Einheit für Impfungen als Teil der Fachstelle Pandemievorsorge schaffen. Begründet wird das mit den Impfdaten, die in Zürich aktuell tiefer sind, als die WHO das vorsieht. Von den 30 000 städtischen Angestellten liessen sich nur 1100, also rund drei Prozent, impfen. Bei den Pflegenden waren es nur 18,3 Prozent. In meinen Augen ist das beschämend. Ich verstehe nicht, wie man mit vulnerablen Personen arbeiten kann und sich nicht dazu bequemt, die Impfung zu machen, um diese zu schützen. Die Postulanten glauben, dass man mit der Schaffung einer Einheit die Impfdaten erhöhen kann. Dafür sollen zwei befristete Stellen entfristet werden. Dass es in naher Zukunft wieder Pandemien und Epidemien geben wird, wissen wir. Wir hatten Cholera, die Pest, HIV, die Spanische Grippe und so weiter. Die SVP vertraut jedoch der medizinischen Forschung und Entwicklung und setzt sich für Innovationen ein. Impfungen sind ein wirkungsvolles Mittel. Bei Corona konnten so viele Todesfälle verhindert werden. Leider gibt es in der Schweiz und überall auf der Welt viele Wutbürger. Aufgrund der sozialen Medien folgen sie verschiedensten Verschwörungstheoretikern. Dieses Problem zu lösen und diesen Leuten das Vertrauen in den Staat, die Forschung und das Gesundheitswesen zurückzugeben, ist die eigentliche Herkulesaufgabe. Wie sie erfüllt werden kann, weiss ich nicht. Wir glauben nicht, dass die Impfquote durch die Schaffung einer Einheit erhöht werden kann. Diese Kosten können wir uns sparen.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Frank Rühli (FDP): Es geht uns nicht um einen Impfwang und wir sind keine Lobbyisten für Impfungen. Es geht um die Niederschwelligkeit und um eine Informationsstelle, um besser vorbereitet und eine Anlaufstelle für die Bevölkerung zu sein. Das Ganze basiert auf Rationalität und Wissenschaftlichkeit. Es geht um Freiwilligkeit. Wir wollen anreizen, dass höhere Raten stattfinden. Aus dem Votum von Walter Anken (SVP) hörte ich ausser den Kosten nicht wirklich, warum die SVP dagegen ist. Ich glaube aber, dass die Kosten nicht ausserordentlich hoch sind und sich in diesem Fall lohnen werden.

Dr. David Garcia Nuñez (AL): Die Postulant*innen verfolgen ein hehres Ziel. Die Impfdaten in verschiedenen Bereichen sind tatsächlich sehr tief und das ist ein riesiges «Public Health»-Problem. Damit sind wir bei den Ablehnungsgründen unserer Fraktion. Das Postulat fordert die Schaffung einer Fachstelle für Impfungen. Die Festlegung der Impfstrategie ist in der Schweiz eine Bundeskompetenz. Das gilt auch für die Durchführung der Impfkampagnen. Der Bund setzt Impfkampagnen in Gang, fördert sie und unterstützt Kantone und Gemeinden bei der Umsetzung. Sowohl auf strategischer als auch operativer Ebene haben wir bereits die richtigen Player, die das koordinieren. Das BAG macht bestimmt nicht alles richtig. Die Schaffung einer Einheit in der Stadt verbessert dieses Problem aber nicht. Andere Lösungen sind gefordert: Feedbackmechanismen, Aufklärung in kognitiver und emotionaler Hinsicht, damit auch das Pflegepersonal eine bessere



3 / 3

Impfquote zustande bringen kann. Wir staunen über den breiten Fokus, den diese Einheit von Anfang an abdecken soll. Die Gründe, warum eine Pflegefachfrau eine Grippeimpfung ablehnt, sind nicht die gleichen, wie die der Jugendlichen, die keine HPV-Impfung will. Die zwei Personen wären mit Aufgaben einer unheimlichen Breite konfrontiert, die sie kaum allein bewältigen könnten. Die Erwartungen sind unrealistisch.

David Ondraschek (Die Mitte): *Im Pandemiefall stellt sich die Frage, welche Anforderungen mit der Einheit verbunden sind. Das können Abstimmung, Geschwindigkeit und Autonomie sein. Während die Autonomie nicht zielführend ist, bringt die Abstimmung eine verbesserte Koordination zwischen den Departementen. Die Geschwindigkeit verschafft Zeit und kann Leben retten. Einer Einheit Impfung kann im Pandemiefall eine wichtige Führungsaufgabe zukommen, die wir als zielführend erachten würden. Betrachten wir aber die jüngste Pandemie, dann stellen wir fest, dass die Stadt punkto Koordination und Geschwindigkeit gute Arbeit geleistet hat. Die Impfquote war vergleichsweise hoch und der grösste Stolperstein lag nicht am Mangel an einer Einheit für Impfungen, sondern schlichtweg am Mangel an Impfstoff. Wir können nicht vorhersagen, mit welchen Herausforderungen wir bei einer neuen Pandemie konfrontiert werden.*

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Das Postulat hat eine gute Intention. Die Frage ist, ob dieser Weg der ideale ist. Nötig ist sicher die Bekämpfung von Verschwörungstheorien, die die Leute dazu bewegen, sich aus emotionalen Gründen nicht impfen zu lassen.*

Das Postulat wird mit 88 gegen 24 Stimmen (bei 1 Enthaltung) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat